

Ab dem 1. Juli 2018 gelten neue Angemessenheitsgrenzen für Grundsicherung im Kreis Groß-Gerau. Wenn Sie heute einen Teil Ihrer Miete aus dem Regelsatz zahlen müssen oder eine Aufforderung zur Mietminderung bekommen haben, können Sie ab dem 1.7. nachrechnen (lassen), ob Ihnen die Erhöhung der Mietobergrenzen hilft. Wir wissen, damit lassen sich keine bezahlbaren Wohnungen schaffen, es nützt aber denjenigen, die keine günstigere Wohnung finden.

Angemessenheitsgrenze für Alg II in Bischofsheim, Ginsheim-Gustavsburg, Kelsterbach, Raunheim, Rüsselsheim, Mörfelden-Walldorf

(Kaltmiete und Nebenkosten ohne Heizung)

1 Person, bis zu 50 qm, 485 Euro

2 Personen, bis zu 60 qm, 612 Euro

3 Personen, bis zu 75 qm, 736 Euro

4 Personen, bis zu 87 qm, 984 Euro

5 Personen, bis zu 99 qm, 1301 Euro

jede weitere Person, 158 Euro mehr

Sie wollen mehr über DIE LINKE wissen?

Im Web: www.die-linke-gg.de

DIE LINKE. Offene Liste im Kreistag: www.linkeol-kreisgg.de

Webseite der Partei: www.die-linke.de.

Sie können uns im Kreis Groß-Gerau kennenlernen:

Kreisvorsitzender Marcel Baymus (V.i.S.d.P.): 0173 1857741 vorstand@die-linke-gg.de

Fraktionsvorsitzende Christiane Böhm: 0171 4902908 cb@linkeol-kreisgg.de

Wir sind auch bei Facebook zu finden.

Sie möchten bei der LINKEN mitmachen? Gerne: Sprechen Sie uns an!



Bei der Landtagswahl am 28. Oktober DIE LINKE wählen, damit es eine Stimme für soziale Interessen im Landtag gibt. Im Kreis Groß-Gerau kämpfen wir für eine gute Unterstützung durch das Jobcenter.

Haben Sie ein Anliegen, können Sie sich gerne an uns wenden .

DIE LINKE.
Kreisverband Groß-Gerau

**Liebe Besucherin,
lieber Besucher des Jobcenters,**

DIE LINKE steht heute hier, um Sie zu informieren. Wir wollen, dass alle ihr Recht bekommen und gut behandelt werden. Dazu stehen wir mit dem Jobcenter in der Diskussion, um zu sehen, was man vor Ort verbessern kann.

Wir wissen, dass Hartz IV eine Plage ist und das dies nicht vor Ort geändert werden kann. Allerdings haben wir im Kreis Groß-Gerau mit SPD und Grünen vereinbart, alles dafür zu tun, dass das Jobcenter eine Unterstützungseinrichtung für Menschen ohne Arbeit oder mit geringen Erwerbseinkommen ist und die Kundenfreundlichkeit ausgebaut wird. Zum Beispiel wurden die Informationen auf der Homepage des Jobcenters verbessert.

Zum Beispiel ist geplant, eine Ombudsstelle einzurichten, an die sich diejenigen wenden können, die sich ungerecht behandelt fühlen. Was halten Sie davon?

Gerne unterstützen wir Sie nach unseren Möglichkeiten, so dass Sie Ihre berechtigten Ansprüche durchsetzen können.

Herzliche Grüße

Marcel Baymus
Wahlkreis 47

Christiane Böhm
Wahlkreis 48

Direktkandidaten für die Hessische Landtagswahl am 28. Oktober



Hartz IV abschaffen!

Die Reformen der Agenda 2010 haben die Probleme für viele Menschen in Deutschland verschärft, sie haben keine Lösungen gebracht. Es gibt eine verfestigte Arbeitslosigkeit und viele Menschen müssen schlecht bezahlte Arbeit unter schlechten Arbeitsbedingungen leisten. DIE LINKE will stattdessen eine Bekämpfung der Ursachen von Arbeitslosigkeit, die Garantie von sozialer Sicherheit und die Beseitigung von Armut. Dazu müssen zusätzliche, gut bezahlte und tariflich abgesicherte Arbeitsplätze geschaffen werden - statt Minijobs und unfreiwilliger Teilzeitarbeit. Wer erwerbslos ist, darf nicht in Armut gedrängt werden. Wir wollen einen öffentlichen Beschäftigungssektor für

Menschen schaffen, die derzeit keiner regulären Beschäftigung nachgehen können. Unsere wichtigsten Forderungen

1. Die Würde des Menschen ist unantastbar: Hartz IV abschaffen, eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro einführen, ALG I verlängern, Hürden abbauen.
2. Kinderarmut beseitigen: Kindergeld umgehend auf 328 Euro erhöhen, Kindergrundsicherung von 564 Euro einführen.
3. Das Öffentliche stärken: Teilhabekarte, gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule und ein kostenfreies warmes Essen in Kita und Schule.
4. Gute Arbeit und öffentliche Beschäftigung schaffen. Wir wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die mehr gute Arbeitsplätze schafft.
5. Familien dort unterstützen, wo sie es brauchen: Öffentliche und soziale Infrastruktur für Kinder und Jugendliche verbessern: Kitas ohne Elternbeiträge, Schwimmbäder, Bibliotheken, Jugendtreffs.